

Inklusionsbereitschaft ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozess. Sie meint gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess ohne Vorbedingungen. Inklusion meint Offenheit und Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung Zuwanderer aufzunehmen und andererseits die Bereitschaft der Zuwanderer sich an diesem gemeinsamen Projekt zu beteiligen. Inklusion wird somit als gegebene Grundeinstellung bzw. Bedingung für die Integration verstanden, die einen unbestimmt lang andauernden Prozess darstellt (der nicht in einer Generation abgeschlossen sein muss).

Vorbemerkungen

Migration und Integration sind unabdingbare Begleiterscheinungen von Globalisierung und Urbanisierung. Demografische, ökonomische, soziale u.a. Bedingungen machen Immigration unumgänglich. Krisen, kriegerische Auseinandersetzungen potenzieren die Wanderbewegungen naturgemäß auf vielfältige Weise. Integration ist im Gegensatz zur Migration ein Prozess mit zeitlich unbestimmtem Ende: Migration endet in dem Augenblick, wo ein Zuwanderer definitiv einen neuen Lebensmittelpunkt gefunden hat und dort seine Wurzeln schlagen will. Zu diesem Zeitpunkt beginnt der Integrationsprozess. Wann dieser beendet ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab, formalrechtlich könnte man sagen mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft des Gastlandes (dieser Formalakt muss aber nicht mit den realen objektiven wie subjektiven Gegebenheiten der Betroffenen übereinstimmen). Die Bedingungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Viele Zuwanderer verzichten auch auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft des Einwanderungslandes – aus verschiedenen Gründen (z.B. Erbschaftsfragen im Herkunftsland, zu hohe Kosten u.a.). Faktum ist jedenfalls, dass ca ¼ der Wiener Bevölkerung derzeit kein Wahlrecht hat – ein ernstes demokratiepolitisches Problem¹. Mit dem Begriff der Integration auch werden sehr unterschiedliche Vorstellungen und Ansprüche verbunden. „Im Grunde birgt der Begriff Integration stets eine negative Diagnose“², nämlich dass die Immigranten Defizite auszugleichen haben, wenn sie nicht wollen, als „integrationsunfähig“ oder „integrationsunwillig“ zu gelten und mit gesellschaftlicher Marginalisierung abgestraft zu werden. Die Frage wäre allerdings zu stellen, was denn „Einwanderungsgesellschaft“ bedeutet. Die Gesellschaft ist ständig durch Zu- und Abwanderung in Bewegung, flexibel, verändert sich. Ökonomische, soziologische, kulturelle, sprachliche, ethnische, ... Parameter sind instabil, eignen sich nicht mehr als Normen bzw. als feste Orientierungen. Das „Ziel“ der Integration selbst ist durchaus nicht so fix, wie es scheint. Das kann zu Verunsicherungen und Ablehnung der „instabilen Faktoren“ (im Zweifelsfalle der Zuwanderer als „Verursacher“) führen. Politik ist gefordert, die Institutionen der „Einwanderergesellschaft“ so zu entwickeln, dass alle Bewohner von ihnen profitieren, dass niemand zurückgelassen wird, dass die gesellschaftliche Entwicklung allen zu Gute kommt und niemanden ausschließt oder verdrängt.

Das herrschende marktradikale Konkurrenzprinzip spaltet die Gesellschaft (aber auch Aufnahme- und Herkunftsländer) entlang sozioökonomischer Bruchlinien, lässt die Zahl der Erwerbslosen, Unterbeschäftigten und der Armen explodieren. Egalitäre und solidarische Gegenentwürfe sozialer, humaner, ökologischer Art, die alle Menschen einbeziehen und allen Chancen auf menschenwürdiges Leben bieten, zeichnen sich noch nicht ab. Um sie zu entwickeln und politisch durchzusetzen müssen verschiedene Barrieren weggeräumt werden, vor allem die zwischen Inländern und Zuwanderern. Die Gesellschaft muss „interkulturell alpha-

¹ Die extreme Rechte ist strikt dagegen, dass sich daran etwas ändert

² M. Terkessidis: Interkultur. Berlin, 2010, S. 9

betisiert“ (Terkessidis siehe FH 2) werden, um gestärkt durch neue Allianzen soziale und inklusive Gesellschaftsmodelle realisieren, Vielfalt gestalten zu können.

Integration als Unterwerfungsprozess?

Die negative Diagnose „Integrationsbedarf“ scheint im politischen Diskurs in erster Linie mit Modellen der Gängelung bzw. der Kontrolle zur Folge zu haben. Integration wird im politischen Diskurs ausschließlich als Verpflichtung der Zuwanderer verstanden, die – um im Lande bleiben zu dürfen – bestimmte (Integrations-) Leistungen zu erbringen hätten. Dazu können sich manche Politiker verschiedene verbindliche „Integrationsnachweise“ vorstellen, wie die Einführung einer Art Pflichtenheft, das Zuwanderer abzuarbeiten haben, um in den Genuss bestimmter sozialer Leistungen zu gelangen. So z.B. macht sich der Grazer Bürgermeister für einen „Integrationspass“³ stark, Lieblingsidee der FPÖ ist die Bindung der Vergabe geförderter Wohnungen an den Nachweis von Deutschkenntnissen⁴ (auf welchem Niveau, wer stellt diese fest etc.?). Maßnahmen dieser Art betreffen in erster Linie sozial benachteiligte Zuwanderer. Bedingungen dieser Art sind ganz bewusst als Abschreckungs- und Disziplinierungsmaßnahmen gedacht, weil den Zuwanderern pauschal sozialparasitäre Grundhaltungen unterstellt werden. Die Schaffung eines derartigen Klimas, in dem Fremde als unvermeidbares notwendiges Übel betrachtet werden, dient in erster Linie dazu politisches Kapital zu schlagen und nicht einen konstruktiven Beitrag zur Migrations- und Integrationsproblematik zu liefern.

Augenscheinlich freundlicher stellt sich ein Konzept dar, das sich gewissermaßen missionarisch-pädagogisch darstellt. Demnach sind Zuwanderer willkommen, allerdings nur, wenn sie sich so verhalten, wie „wir“ d.h. sich Regeln zu eigen machen – von denen „wir“ großspurig behaupten, dass „wir“ nach ihnen leben. Der nachfolgende Textausschnitt, ein offener Brief mit dem Titel „Flüchtlinge: Willkommen in Österreich!“⁵ demonstriert dies in geradezu klassischer Form, im sprachlichen Duktus wie im Inhalt. Der Autor adressiert seinen Text (inspiert von der literarischen Form der Litanei) an Zuwanderer / Flüchtlinge und präsentiert sich darin als Pädagoge der (ganz) alten Schule, der meint unmündigen Schülern grundlegende Benimm-Regeln beibringen zu müssen. Inhaltlich enthält der Text einige Versatzstücke aus Staatsbürgerkunde, was die Rechte und Pflichten betrifft, insbesondere fehlen nicht explizit Hinweise, dass „Mädchen in der Schule auch am Schwimmunterricht teilnehmen müssen, eine Lehrerin Ihrem Sohn, selbst wenn er bereits volljährig ist, vorschreiben kann, was er zu tun hat, Ihre Tochter oder Schwester einen Mann anderer Hautfarbe oder Religion heiraten darf und ein gewaltsamer Versuch Ihrerseits, sie daran zu hindern, einen Rechtsbruch darstellt, der mit aller Härte unserer Gesetze verfolgt wird.“ Mit diesen Formulierungen soll zumindest rhetorisch der Eindruck vermittelt werden, dass sich alle Einheimischen völlig den Gesetzen konform verhalten und diese Warnung nur den Zuwanderern gilt. Es geht in dieser Art noch weiter: „... Konkret bedeutet es etwa, dass auch Frauen Frauen und Männer Männer als Partner wählen, das öffentlich zeigen und eine Familie gründen dürfen. Jeder gewaltsame Versuch, das zu verhindern, stellt einen Rechtsbruch dar, der ...“ [Verweis auf die heimische Gesetzesschärfe siehe oben].

Dann der Zeigefinger in Richtung Glaubensfragen. „Konkret bedeutet es etwa, dass unsere Gesetze über jeder heiligen Schrift stehen, der Bibel, dem Koran und jeder anderen. Taten, die eine heilige Schrift (angeblich) legitimiert, die aber gegen unsere Gesetze verstoßen, sind Rechtsbrüche, die ...“ [Verweis auf die heimische Gesetzesschärfe siehe oben]

Dann noch einige Schlussverse: „Manche von Ihnen werden auch nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel – auch das ist eines unserer Grundrechte – nicht hierbleiben dürfen. Dann ist der

³ Wiener Zeitung 3.2.2015

⁴ Letzteres die Lieblingsidee der FPÖ Oberösterreich

⁵ Eckehard Quin (Vorsitzender der AHS-Lehrergewerkschaft) in: Standard v. 23.9.2015

Zeitpunkt des Abschieds gekommen. Wenn Sie unsere Heimat trotzdem nicht verlassen, be- gehen Sie einen Rechtsbruch, der ... [siehe oben]. Einige von Ihnen werden gerade deshalb zu uns gekommen sein, weil wir nach solchen Gesetzen und Überzeugungen leben. Einige von Ihnen werden sich unseren Regeln aber nicht beugen wollen. Ihnen raten wir dringend, mög- lichst rasch unsere Heimat zu verlassen. ...“ Unterzeichnet ist dieser Text mit „Liebe Grüße, Ihr Österreich“.

Die Botschaft des „Willkommensbriefs“ ist unmissverständlich, die entmündigende Haltung gegenüber den Migrationsanderen kommt klar zum Ausdruck: Wer nicht sich nicht so verhält, wie „wir“ (glauben, dass wir uns standardmäßig verhalten), den trifft die Härte unserer Geset- ze. Das folgende Kapitel nimmt sich einige Fragen vor, die das Verhältnis von „uns“ und zu den „Anderen“ betreffen.

Das Eigene und das Fremde / „Wir“ und unser Umgang mit den „Anderen“

Was ist alles Gegenstand von „Integration“ (der schon physisch Angekommenen) und wann ist sie abgeschlossen? „Integration“ lässt sich nicht wirklich wiegen oder objektiv (ver)messen. Die vorgeschlagenen bzw. zur Debatte stehenden Integrationsmaßnahmen sind Zeugnis eines Aktionismus, der Handlungsfähigkeit und Kompetenz vorspiegelt, aber auch ein Zeichen von Arroganz und Ratslosigkeit. Es ist eine Illusion zu glauben, dass ein Verbot von Kopftüchern in Schulen⁶, oder des Gebrauchs der Muttersprache in den Pausen, das Ver- langen nach isolierten Vorbereitungsklassen für Ausländerkinder⁷ udgl. Den Integrationspro- zess fördern.

Aktueller Aufreger ist der Plan der Einführung von verpflichtenden (eintägigen) „Wertekur- sen“⁸ für Zuwanderer und anerkannte Flüchtlinge (durch das Außenministerium). Auf dem Lehrplan der eintägigen Lehrveranstaltungen stehen nebeneinander Menschenwürde, Gleich- berechtigung, Rechtsstaat, Demokratie, Elemente österreichischer Geschichte und Heimat- kunde, Verhalten im Gesundheitssystem, Mülltrennung, Nachtruhe, Kindergarten- und Schul- pflicht, udgl. Wenn nun die Abarbeitung solcher Wertekataloge (Experten arbeiten derzeit an ca 50 Positionen) angedacht wird, bedeutet das nur, dass Asylanten als „Defizitträger“ und nicht auf gleicher Augenhöhe wahr und ernst genommen und wie unmündige (Halb-)Analphabeten behandelt werden – kaum günstige Rahmenbedingungen für die Eingliederung in eine sich demokratisch gerierende Gesellschaft. Wertevermittlung gelingt nicht in einem herrschaftsbehafteten Diskurs sondern in dialogischer demokratischer Form. Wer aus Syrien, Afghanistan etc. nach Europa und nicht etwa nach Saudi Arabien oder in den Iran flüchtet, von dem kann angenommen werden, dass er vor Terror, mangelnder Rechtsstaatlichkeit ge- flohen ist und in einer Demokratie Zuflucht sucht. Diesen Menschen müssen die Werte der Demokratie nicht explizit in einem Crashkurs beigebracht werden.

Wer meint, Kurse, die man absolviert und dann verfügt man über die gewünschten bzw. er- forderlichen Qualifikationen – im konkreten Fall wohl Einstellungen und Einsichten – über- schätzt die Wirkmächtigkeit pädagogischer Maßnahmen. Unterschiedliche Lebenskonzepte, Weltanschauungen können nicht durch (verpflichtende) Seminare, Kurse udgl. überwunden werden. Frauenfeindlichkeit, Geschlechtergleichheit, Gewalt in der Familie, Homosexualität, demokratischer Diskurs, Diskurs des Widerstandes und Wege zur Emanzipation u.v.a. lassen sich nicht in Lehrprogrammen „erledigen“. Übrigens sind die letztgenannten Themen auch noch nicht bei allen Einheimischen angekommen. „Unsere“ vorgebliche Modernität und den angenommenen (Ultra-)Konservatismus der „Anderen“ als Kulturkonflikt zu stilisieren ist problematisch. Es zeigt sich, dass es von „uns“ mit den „Anderen“ einen gemeinsamen Weg

⁶ Unlängst aktualisierte Forderung: „Neisser, Riegler für Kopftuchverbot in den Schulen“ Standard v. 4.2.2015

⁷ Vgl. Gero Fischer: Muttersprachenverbote in der Schule (2015)

<http://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

⁸ vgl. Standard 5.11.2015

zu beschreiten gilt mit den Zielen der Demokratie, der Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit u.a. Dieser Weg mag für einige von „uns“ wie von den „Anderen“ unterschiedlich beschwerlich und anstrengend sein, manche haben einen schwereren Rucksack zu tragen, aber gemeinsam, solidarisch und empathisch vorwärts zu gehen wird ein Miteinander fördern, das gleichzeitig marginalisierte Parallelgesellschaften verhindert.

Einbettung in die Gesellschaft durch respektvollen Dialog, respektvolle Konfliktkultur, demokratischen Umgang mit Diversität ... Das können nicht alle, weder „wir“ noch die „Anderen“. Es sei nur daran erinnert, dass vor gar nicht so langer Zeit erst Homosexualität entkriminalisiert (Gleichstellung aber immer noch nicht vollständig erzielt) wurde, die „gunde Watschn“ noch nicht aus dem familienpädagogischen Repertoire verschwunden ist, dass Vergewaltigung in der Ehe erst nach einem langem Diskussionsprozess als Delikt Eingang in das Strafrecht gefunden hat udgl. Wie werden nun aus Zuwanderern loyale Wiener / bzw. österreichische Mitbürger? Sicherlich nicht auf dem Verordnungsweg (das wäre, wenn zielführend, der einfachste). Wenn z.B. auf Grund eines Behördenaktes Kopftücher im öffentlichen Raum bei Strafindrohung verschwinden sollen und die Betroffenen sie dann tatsächlich abnehmen, dann heißt das zwar, dass sie vor zu befürchtenden Sanktionen zurückweichen, aber nicht, dass in ihren Köpfen plötzlich auch ein Gesinnungswandel in Richtung der intendierten Integrationspolitik eingetreten ist. Abgesehen davon wäre die Durchsetzung derartiger behördlicher Maßnahmen nur durch Kontrolle und Exekutivgewalt möglich. (So käme schließlich auch den Lehrern die Aufgabe zu auf die Einhaltung der Kleidervorschriften in den Schulen zu achten). Nebenbei sind Kopftuchverbote kein notwendiger und schon gar kein hinreichender Schritt zur Frauenbefreiung. Diese kann auch nicht angeordnet werden, sie muss von den Betroffenen selbst offensiv vorgetragen und erkämpft werden. In Demokratien sind grundsätzlich dafür günstige Rahmenbedingungen gegeben sich unter Ausnützung verschiedener Allianzen in solidarischem Bemühen von gesellschaftlichen, politischen, religiösen u.a. Fesseln zu befreien. Marlene Streeruwitz hat unlängst in einem Kommentar Befürwortern von Zwangsmaßnahmen, Menschen „Werte“ zu vermitteln, ins Stammbuch geschrieben: „Jeder Zwang zu weltanschaulichen Werten setzt Demokratie aus. Zerstört Demokratie. Ist antidemokratisch. Demokratie stellt jenen Raum her, in dem die verschiedenen Weltanschauungen in wiederum demokratischer Weise verhandelt werden.“⁹ Man kann aber sehr wohl davon ausgehen, dass repressive Integrationspolitik steigenden Widerstand ihr gegenüber und damit eine Verschlechterung des gesamten gesellschaftlichen Klimas produziert. Wird Integration als behördlicher oder politischer Druck bzw. als Ausgrenzung und nicht als Chance zu sozioökonomischem Aufstieg oder auch zu persönlicher Befreiung erfahren, dann schlägt die Stunde für das Entstehen radikaler reaktionärer Stimmungen und Agitation unter den Zuwanderern. Es ist zu fragen, wie es passieren kann, dass im Zuge des Integrationsprozesses junge Menschen derart keinen Anschluss an die heimische Gesellschaft finden konnten, dass sie sich reaktionären, buchstäblich selbstmörderisch menschenfeindlichen dschihadistischen Strömungen anschließen. Zu hinterfragen ist ebenso, wie es möglich ist, dass NS-affine, offen rassistische Ideologien in der heimischen Bevölkerung (und auch zunehmend in der zweiten und dritten Zuwanderergeneration) Fuß fassen können und eine wachsende Gefahr für den demokratischen gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen.

Integration ist ein Prozess, der die Zuwanderer ebenso wie die Einheimischen dh. die Aufnahmegesellschaft gleicher Maßen fordert. Oder auch ist zu fragen, welchen Anteil an den hemmenden Bedingungen im Integrationsprozess etwa unser sozialelektives Bildungswesen hat, welche Rolle Bildungsfeindlichkeit, religiöser Fanatismus und Intoleranz bei bestimmten Zuwanderergruppen spielen, ob es am Arbeitsmarkt oder an fehlenden, oder schlecht funktionierenden sozialen Einrichtungen liegt, usw. Die Zuwanderung wird auch in den kommenden Jahrzehnten nicht zum Erliegen kommen, sie aufhalten oder verhindern zu wollen, ist gänz-

⁹ Marlene Streeruwitz: Demokratie ist eine Personenkonstruktion. In: Standard 11.11.2015

lich illusorisch. Es muss vielmehr gelingen, ein Klima der Bereitschaft der Gesellschaft zu fördern, sich im Sinne der Interkultur (Terkessidis siehe FN 2) zu öffnen, Bedingungen der Barrierefreiheit (Saunders) zu schaffen, wenn man nicht z.B. auf lange Sicht den Verlust des liberalen und toleranten Charmes der Stadt Wien zu Gunsten der Spaltung der Gesellschaft nach ethnischen, religiösen kulturellen Bruchlinien in Kauf nehmen will.

Sprache der Inklusion / Exklusion

Der Umgang mit den „Anderen“, die Haltung ihnen gegenüber äußert sich schon sprachlich: Wer wird mit „Wir“ bezeichnet, wer gehört dazu, wer nicht? Wer ist „Wir“?¹⁰ Diese Frage enthält zwei Komponenten: Wen wollen wir bewusst ein-/ausschließen und wer will /nicht Teil von „Uns“ werden? In dieser Kurzformel steckt der Prozess des Übergangs vom Zuwanderer, Fremden zum Mitbürger: Wen wollen wir bewusst ein-/ausschließen und wer will /nicht Teil von „Uns“ werden? „Wir“ d.h. Europäer / Bürger der EU. Vor ca 15 Jahren glaubte man eine europäische „Leitkultur“¹¹ verteidigen zu müssen. Ist das heute noch Zielvorgabe?

Der Diskurs zwischen „uns“ und den „Anderen“ ist geprägt von einem Machtgefälle, das es „uns“ ermöglicht, den „Anderen“ Bedingungen aufzuerlegen, wie sie ihr Leben bei „uns“ führen sollen / dürfen. Als für die „Anderen“ zu überwindende Barrieren für ein gedeihliches Zusammenleben gelten vor allem von „unseren“ abweichende Kulturen und Lebensweisen. Die Entstehung von Parallelgesellschaften zu vermeiden gelingt nur durch Inklusion, d.h. ein solidarisches sich Einlassen auf den jeweilig Anderen im demokratischen Dialog. Das bedeutet einen langen gemeinsamen Lernprozess, der nicht durch kurzfristige Crashkurse in Benimm-Regeln für die „Anderen“ verkürzt werden kann. Das heißt nicht, dass institutionelles Engagement und Unterstützung, etwa durch Beratungs- und Betreuungsinstitutionen überflüssig wären. Vielmehr wäre daran zu denken bewusst Zuwanderercommunities mit einzubeziehen, die hier schon Teil der Gesellschaft geworden sind und wichtige Vermittlungsfunktionen wahrnehmen können.

Der aktuelle öffentliche und politische Diskurs wird dominiert von der Frage des Status der Flüchtlinge, dem Verhältnis Mehrheitsbevölkerung – Flüchtlinge, der Integrationsverweigerung sowie den Schlepfern.

Politischer vs. „Wirtschaftsflüchtling“

Menschenrechte sind unveräußerlich und unteilbar, sie gelten überall und für alle Menschen. Niemand darf weder von Institutionen noch von Mitmenschen wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder wegen seiner Behinderung benachteiligt oder bevorzugt werden. Die Ausstattung der Menschen allein auf Grund ihres Menschseins mit gleichen egalitär begründeten Rechten ist ein Rechtsgrundsatz, der universell, unveräußerlich und unteilbar überall für alle Menschen gültig ist.¹² Die Differenzierung „Flüchtling“ vs. „Migrant“ stellt die Freiwilligkeit der Auswanderung, Verbesserung der Lebensgrundlagen u.dgl. in den Vordergrund. Wo subjektive ökonomische und soziale Gründe das Hauptmotiv für Auswanderung / Flucht darstellen, wird landläufig von „Wirtschaftsflüchtlingen“ gesprochen. Interessant ist, dass die österreichische Rechtsordnung diesen Begriff nicht kennt sondern nur die Unterscheidung zwischen „schutzbedürftig“ und „nicht schutzbedürftig“. In diesem Sinne wird auch nach der Genfer Flüchtlingskonvention das Asylrecht definiert: Wirtschaftliche Not, Naturkatastrophen oder Armut werden nicht als Fluchtgründe im Sinne des internationalen Asylrechts anerkannt. D.h. Asyl zu gewähren ist nicht verboten, es besteht aber kein Rechtsanspruch. Die Unterscheidung von „Wirtschaftsmigration“ und „politischer Migration“ war und ist (in konkreten Fällen) selten eindeutig und

¹⁰ Vgl. Navid Kermani: Wer ist Wir? München 2010

¹¹ Bassam Tibi: Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft. München 2000

¹² Matthias Koenig: Menschenrechte. Frankfurt am Main, 2005

so einfach wie in den formaljuridischen Definitionen. Schon im Mittelalter hieß es „Stadtluft macht frei nach Jahr und Tag“, d.h. es galt der Rechtsgrundsatz, dass ein Unfreier / Leibeigener nach Jahr und Tag in der Stadt nicht mehr von seinem Lehensherrn zurückgefordert werden konnte, er war freier Bürger. Dieser Rechtsgrundsatz förderte die Flucht / den Zuzug von Leibeigenen in die Städte. Diese Flucht in die Stadt war für einen Leibeigenen ein Akt der persönlichen, politischen und ökonomischen Befreiung, er wurde den Status des Leibeigenen los, als Bürger war er nicht mehr Eigentum seines Herrn. Dieser emanzipatorische Akt des Wandels vom Leibeigenen zum freien Bürger verband ökonomische und politische Aspekte gleichermaßen.

Selbstverständlich gibt es eindeutige Fälle, für die der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ zutrifft, etwa wenn jemand sein demokratisches Land aus rein ökonomischen Gründen verlässt, wie etwa die Personen, die nach 1945 Österreich in Richtung USA und Kanada verließen. Politische Flüchtlinge müssen (beim Asylantrag) ihre Fluchtgründe zweifelsfrei nachweisen. Es sind meist mehrere Faktoren, die den Ausschlag darüber geben, dass Menschen emigrieren. Vom humanistischen Standpunkt aus sollte es egal sein, welche Gründe (politische, religiöse, ethnische, ökonomische, ökologische etc.) es sind, die jemanden zwingen das Herkunftsland zu verlassen: Wer unverschuldet in Not gerät, dem ist zu helfen. Die Differenzierung der Emigranten / Flüchtlinge nach den Gründen und Ursachen der Emigration hat nur den Sinn, nämlich sie formal nach Anspruchsberechtigung zu sortieren und die anderen formalrechtlich korrekt außer Landes schaffen zu können und letztlich damit ihre Zahl zu begrenzen. Dies ist gleichbedeutend mit Exklusion und Illegalisierung „ökonomischer“ und „ökologischer“ Flüchtlinge. Dass Menschen aus ökonomischen Gründen ihre Heimat verlassen und sich dort niederlassen, wo sie sich ein besseres Leben versprechen, kann als historische Konstante angesehen werden.

„Wirtschaftsflüchtling“ im Sinne der Immigration nach Österreich (bzw. nach Europa / in die EU) ist im öffentlichen wie politischen Diskurs ausgesprochen pejorativ konnotiert. Geradezu konträr ist die Konnotation, wenn Österreicher zu dem Entschluss kommen, sich im Ausland sozial und ökonomisch zu verbessern und daher ihr Herkunftsland verlassen (das ist eben der Sachverhalt, der definitionsgemäß für „Wirtschaftsflüchtlinge“ zutrifft). Wirtschaftsflüchtlinge“ egal welcher Herkunft sind stark motiviert sich in der Aufnahmegesellschaft zu integrieren und ihre gesamte Energie einzusetzen um ein besseres Leben zu realisieren. Sie unter un-differenzierten sozialparasitären Pauschalverdacht zu stellen und den Wohlstandschauvinismus zu schüren ist jedoch schäbiges politisches Kalkül.

Ausgenommen vom allgegenwärtigen Flüchtlingsdiskurs sind die sog. „Steuerflüchtlinge“, sie stoßen bekanntlich nicht auf Grenzzäune und werden nicht mit Abschiebung o.ä. bedroht, obwohl sie durch Steuerhinterziehung Gesellschaften extrem schädigen.¹³

Schwer begreifbar ist in der aktuellen Situation, dass die Qualifikation der Flüchtlinge nicht systematisch erhoben wird (ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo Industriemanager auf dem Münchner Hauptbahnhof Flüchtlinge angeworben haben). Es gibt seitens der Politik „Kein Interesse am Wissen der Flüchtlinge“, wie eine Tageszeitung¹⁴ titelt. Auf der anderen Seite wird versucht, um spezifische Lücken im heimischen Arbeitsmarkt zu füllen, sog. „Schlüsselarbeitskräfte“ via Rot-Weiß-Rot-Card ins Land zu holen – mit bisher mehr als bescheidenem Erfolg. Oft hört man das Argument, die Qualifikationen der Flüchtlinge deckten sich nicht den hier üblichen / geforderten und Deutschkenntnisse seien in der Regel auch nicht vorhanden. Nun, davon muss man wohl ausgehen, aber zusätzliche Qualifizierungen, Requalifizierung, Schulungen, etc. sind möglich (sie erfordern gewisse Investitionen). Es fehlt offensichtlich am konsequenten politischen Willen, dieses brach liegende Potenzial unter den Zuwanderern / Flüchtlingen zu nutzen, sie bewusst bei „uns“ (d.h. auf Dauer) haben zu wollen.

¹³ G. Zucman: Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Berlin 2014

¹⁴ Wiener Zeitung Nr. 161, 21.8.2015, Titelgeschichte

Asylanten- / Migrationsfeindlicher Diskurs

Die politischen Eliten Europas agieren sichtbar konzept- / ratlos und widersprüchlich und produzieren bzw. potenzieren dadurch Verunsicherung in der Bevölkerung. In der aktuellen Krise wittern rechtspopulistische und rechtsradikale politische Parteien und Gruppierungen Morgenluft. An deren Sprachgebrauch (insbesondere in den sozialen Medien), der ausgesprochen menschenrechtswidrige und menschenfeindliche Züge annimmt, kann dies unmissverständlich abgelesen werden. Dabei erfolgen auch Rückgriffe auf bekannte und gewissermaßen „bewährte“ Konzepte der Hetze in der NS-Tradition, indem z.B. versucht wird, Flüchtlinge zu kriminalisieren („Asylerschwindler“ u.ä.), Helfer lächerlich zu machen, zu denunzieren, ihnen Naivität udgl. zu unterstellen (vgl. die „Gutmenschendebatte“ – sie war ein probates rhetorisches Mittel in der NS-Propaganda der Diffamierung und Hetze). Die Angst- und Hetzrhetorik baut auf exkludierender Sprache, wenn gegen die Flüchtlingshilfe „unsere“ Leute, „unsere“ Arme etc. positioniert werden. Geteilte Humanität ist gar keine. Konträr dazu findet sich Lob und volle Unterstützung für den Umgang des ungarischen Regimes mit den Flüchtlingen (Fußtritte, Prügel, Tränengas, Pfeffersprays ... Polizisten mit Gesichtsschutzmasken, als ob sie es mit Giftmüll zu tun hätten). Teil dieser medialen Giftküche sind auch abenteuerliche Konstruktionen widersprüchlicher Zusammenhänge, nicht verifizierte Behauptungen, Legenden und hinterhältige Lügen, wie dass in einer Flüchtlingsunterkunft in Wien die Ruhr ausgebrochen sei (diese Ente erlangte sogar als Tatsachenbehauptung im polnischen Wahlkampf Herbst 2015 zweifelhafte Ehre) ... oder die Platzierung von Falschmeldungen wie in einer Sendung im öffentlichen Fernsehen, dass Helfer von einer Firma pro Stunde 10 € erhalten, weiters Aufrufe zur Verweigerung von Hilfeleistungen, die Denunzierung von Firmen und Einzelpersonen, die Flüchtlingshilfe leisten und ihre Diffamierung als „Invasionskollaborateure“¹⁵ und schließlich der berüchtigte Aufruf in den sozialen Medien „Kauft nicht bei Gutmenschen!“

Integrationsverweigererdiskurs

Nachdem der Begriff „Integration“ schwer exakt zu fassen ist, ergibt sich ein breiter vor allem populistisch nutzbarer Interpretationsspielraum für „Integrationsverweigerung“ – und deren Sanktionierung. So unklar und unpräzise der „Integrationsverweigerer“ inhaltlich zu fassen ist, so klar sind die Sanktionen, die ihn treffen können, wenn er geforderte Integrationsleistungen nicht erbringt. Warum fragt sich von den herrschenden politischen Eliten kaum jemand, warum manche Migranten es vorziehen, nicht am gesellschaftlichen Prozess teilnehmen zu wollen? Liegt es vielleicht am fehlenden Augenmaß, der Ungleichbehandlung, den Hürden auf dem Weg vom Migranten zum Mitbürger, der latent xenophoben Atmosphäre, etc.? Und: Ist vielmehr unter den gegebenen Umständen die Frage nicht eher so zu stellen, wer hier wem die Integration verweigert?

Schlepperdiskurs

Im öffentlichen wie politischen Diskurs wird Schleppern – zur Zeit des Eisernen Vorhanges sprach man mit einer gewissen Hochachtung und Wertschätzung von „Fluchthelfern“ – eine der Hauptursachen für die aktuelle Flüchtlingssituation zugeschrieben. Dass Schlepperei ein attraktives Geschäft – nicht selten mit kriminellen Methoden – darstellt, ist keine Frage. Dass sie für ihre Tätigkeit auch ein entsprechendes Marketing und Werbung – mit allerlei nicht selten irrationalen Verheißungen – betreiben, gehört quasi zum Geschäft. Die (zeitweilige) Fokussierung des politischen und medialen Diskurses auf die Schlepperproblematik hat nur kurzfristig den Blick auf die historischen, politischen und ökonomischen Verhältnisse in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verstellt. Die Einreise- und Zuwanderungsregelungen der EU erzwingen geradezu das Schlepperwesen, da ein legaler Weg nach Europa ausgeschlossen ist.

¹⁵ H. Rauscher: <http://derstandard.at/2000022570685/Die-Niedertracht>

Die politischen Eliten Europas belügen sich selbst, wenn sie meinen, die Zerstörung der Schlepperboote würde das Schlepperunwesen ausschalten und damit das Flüchtlingsproblem im Kern erledigen. Jetzt hoffen sie, die Türkei könnte für die EU – bildlich gesprochen – ein Rückhaltebecken für die Flüchtlingsflut errichten. Das wird sich wohl auf die Dauer kaum halten. Da es in der EU tragfähige Problemlösungskonzepte aber weiterhin nicht gibt und die Krisenursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge nicht angegangen werden, wird die Fluchtbewegung anhalten.

Zwischenbilanz

„Europa geht nicht unter, wenn es zwei Millionen Flüchtlinge aufnimmt. Aber es geht unter, wenn es die gemeinsamen humanitären Grundsätze aufgibt. Wir müssen uns der Aufgabe stellen, eine funktionierende Einwanderungsgesellschaft zu werden, in der man Zuwanderer nicht endlos lange in Lager sperrt, sondern ihnen möglichst schnell die Chance gibt, auf eigenen Beinen zu stehen und aus ihrem Leben etwas zu machen.“¹⁶

Krisen schärfen den Blick auf Mängel in der Gesellschaft, fordern die Politik heraus klare Antworten auf diese Herausforderungen zu finden. Im Augenblick bietet sie in ihrer Desorientierung, Konzeptlosigkeit und Widersprüchlichkeit Plattformen für rechtsradikale, menschenfeindliche Hetze. In der Spaltung und Entsolidarisierung liegt die größte Gefahr für den gesellschaftlichen und demokratischen Zusammenhalt. Fraglos erfordert Integration Anstrengungen, Investitionen etc., aber sie mobilisiert auch Ressourcen, die dem jeweiligen Einwanderungsland zu Gute kommen. Das ist durch zahlreiche historische Beispiele belegt. Wanderungsbewegungen sind historisch Normalität. Nichtgebundensein an das Land der Geburt ist Menschenrecht, ethnische Homogenität als Zielvorstellung ist daher eine Fiktion, Diversität ist der Normalzustand.

„If we ... dismiss the great migration as a negligible effect, as a background noise or a fate of others that we can avoid in our own countries, we are in danger of suffering far larger explosions and ruptures. ... But the larger message is lost to many citizens and leaders: the great migration of humans is manifesting itself in the creation of a special kind of urban place. These transitional spaces – arrival cities – are the places where the next great economic and cultural boom will be born, or where the next great explosion of violence will occur. The difference depends on our ability to notice, and our willingness to engage.“¹⁷

Integration ist eine Einladung zum Mitmachen, zur gemeinsamen, solidarischen Gestaltung der gegenwärtigen und zukünftigen Gesellschaft. Der Wille zum Miteinander und zur Aufnahme von Fremden ist eine solide Basis für eine erfolgreiche Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft. Es bedarf der Einbeziehung der gesamten Bevölkerung, um negative Entwicklungen hintanzuhalten. Integration ist nicht – wie irriger Weise im politischen Diskurs behauptet wird – ausschließlich Angelegenheit und Bringschuld der Zugewanderten. „Wir“ und die „Anderen“ – also wir alle – tragen gemeinsame Verantwortung für alle, die hier leben. Die Erfolgreichen zu integrieren ist relativ einfach, nicht aber die Gescheiterten, Schiffbrüchigen, diejenigen, die an den Verhältnissen, den Bedingungen der Aus- und Einwanderung, der Flucht zerbrochen sind. Als Teil der Gesellschaft sind sie vor Diskriminierung und Marginalisierung zu schützen, ihnen insbesondere ist zu helfen Boden unter den Füßen zu bekommen, um nicht Opfer und Beute politischer oder religiöser Rattenfänger zu werden. Die Veränderungen, die sich im Zuge von Migrationen ergeben, betreffen die gesamte Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik um Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsschichten unabhängig von ihrer Herkunft sorgen. Ein Modell könnte die Vorstellung der Regenbogenation / Rainbow Nation sein, eine Idee, die im südafrikanischen Kontext (Desmond Tutu) geboren

¹⁶ Josef Haslinger: Mein Traum von Europa. (Rede im Wiener Burgtheater, 12.10.2015). Auszug in: Standard 13.10.2015

¹⁷ Doug Saunders: Arrival City. How the largest migration in history is reshaping our world. London, 2010, S. 2 und S. 3

wurde. Entscheidend dafür „ist der Wandel im Kopf. Es gilt nicht, das Eigene gegen das Andere zu verteidigen. Es gilt, das Andere in das Eigene zu integrieren. ... Das wäre eine coole Nation, offen, liberal, ökologisch, vielfältig - wofür der Regenbogen steht. ... Rainbow ist ein herzliches und ein strategisches Konzept.“¹⁸

Schlus sbemerkungen

Migration und insbesondere Massenflucht machen Mängel, Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten in den Einwanderergesellschaften besonders sichtbar, die Politik ist gefordert diese Defizite wahrzunehmen und in gemeinsamer Anstrengung abzarbeiten. Darin liegen auch Chancen der Erneuerung. Bisher haben die politischen Eliten der EU in ihrer Uneinigkeit, Widersprüchlichkeit nicht nur bei der Lösung der Flüchtlings- und Immigrationsfrage sondern auch der Arbeitslosigkeit, der wachsenden sozialen Spaltung der Gesellschaft, Überalterung, bei Umweltproblemen, etc. gezeigt und damit indirekt autoritären, antidemokratischen, nationalistischen Tendenzen enormen Aufschwung beschert.

Es geht aber nicht nur um die Aufnahme und Aufteilung der Flüchtlinge. Die marktradikale Orientierung der Politik hat Teile der Gesellschaft – unabhängig von ihrer Herkunft – zurückgelassen und Spaltung und Ungleichheit potenziert mit enormen sozialen und politischen Kosten.

Ausblicke

Wir werden uns noch sehr lange darauf einzustellen haben, große Zahlen von Flüchtlingen (selbst wenn wir uns nur auf „politische“ beschränken wollten) in Europa aufnehmen zu müssen. Die Politik muss definitiv Abschied von der Idee nehmen mittels Grenzzäunen o.ä. Abschreckungsmaßnahmen Menschen von Flucht und Migration abhalten zu können.¹⁹ Sehr spät ist der europäischen Spitzenpolitik die Notwendigkeit der Beseitigung der Ursachen des Flüchtlingselends in den Krisen- und Kriegsgebieten im Nahen Osten, in Afghanistan, Eritrea, bewusst geworden. Lösungsansätze sind jedoch noch nicht greifbar.

Die angekündigten Hot spots in europäischen Grenzstaaten werden den Druck kaum mildern (höchstens kurzfristig). Es ist zu erwarten, dass rund um diese Hot spots – wenn tatsächlich konsequent registriert und kontrolliert wird – riesige Flüchtlings- bzw. Internierungslager entstehen mit unsäglichen Lebensbedingungen. Hunderttausende Flüchtlingskinder und Jugendliche bleiben jetzt schon, z.T. bereits seit Jahren, in der Türkei, im Libanon, Jordanien etc. ohne Schulausbildung. Es wächst eine verlorene Generation heran, der weder in ihren Herkunftsländern noch im europäischen Exil realistische Zukunftschancen offen stehen mit schwer kalkulierbaren sozialen und politischen Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Europa muss schon froh sein, wenn es unter Anstrengung gelingt, die Massenflucht bloß zu verlangsamen. Jahrzehnte lang haben europäische Staaten (und nicht zu vergessen die USA) bedenkenlos mit ekligen Diktatoren, menschenfeindlichen Regimen und Gruppierungen im Nahen Osten eng kollaboriert (und tun es noch immer, z.B. mit Saudi Arabien trotz seiner fatalen Rolle in der Region) und sich wenig um die Menschenrechtssituation in den betreffenden Ländern gekümmert, solange dies westlichen Interessen dienlich war. Nicht zu vergessen sind die koloniale Handschrift Englands und Frankreichs in der Region und die nachhaltigen Verwüstungen, die sie hinterlassen haben. Nach westlichen (USA & Verbündete) Militärinterventionen und den arabischen Revolutionen sind Staaten implodiert, für einen Großteil der Bevölkerung ist das Leben unmöglich geworden, Millionen Menschen haben ihre Lebensgrundlagen verloren. Der Westen versuchte die Situation so lange zu ignorieren und an die Peripherie zu verdrängen, so lange es ging (mittels Schengen-Außengrenzen-Regime, Dublin-Abkommen). Europa (selbstverständlich auch die USA) kann sich der Verantwortung für die-

¹⁸ Dirk Kurbjubeit: Unter dem Regenbogen, in: Der Spiegel 35/2015

¹⁹ Massimo Livi Bacci: Kurze Geschichte der Migration. Berlin 2015

ses absehbare menschliche und gesellschaftliche Elend nicht entziehen. In den europäischen Staaten muss sehr viel in zusätzliches Personal (insbes. mit Migrationsbiographie) im Bildungs- und Gesundheitswesen, kulturelle Einrichtungen, in die Exekutive, Justiz, Verwaltung, usw. investiert werden, d.h. in einer Vielzahl gesellschaftlicher Institutionen, die vom Sparwahn betroffen waren, deren Funktionieren aber für eine gedeihliche Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar ist. Derzeit werden Grenzzäune und Grenzsicherungsanlagen errichtet wie seit Beginn des Kalten Krieges nicht mehr – ein Ausdruck der Perspektivlosigkeit, Ratlosigkeit und auch Unfähigkeit die aktuelle Krise zu bewältigen. Wenn Europa und Österreich im Speziellen Abschottung dringend nötig haben, dann nicht gegen Asylsuchende, sondern gegen einen nationalistischen und zum Teil offen rassistischen Rechtsextremismus und seine medialen Helfer vom Boulevard. ... Aber Angst vor dem Fremden zu schüren und sie bis zu jenem Hass zu steigern, der sich bequem in Wahlerfolge ummünzen lässt, ist kriminell und hat sich als untauglich erwiesen. Dagegen können Zäune nicht hoch genug sein.“ (G. Traxler)²⁰

Es geht in der Tat um Grundsätzliches: „Wenn es uns nicht gelingt, gesamteuropäische Antworten auf die elementaren Fragen unserer Zeit zu formulieren, wird unversehens die Abwicklung der Union auf der Brüsseler Tagesordnung stehen.“²¹

Wien, Oktober-November 2015

²⁰ Günter Traxler: Der Zaun im Hirn in: Standard 30.10.2015

²¹ W. Petritsch: Es geht um mehr als Hilfe. In: Format 38/2015